

Stalins Werk und Jelzins Beitrag

Die Ukraine ist ein Kunstgebilde, geschaffen von Diktatorenhand ohne Rücksicht auf die Völker. Heute verteidigt der Westen diesen Willkürakt im Namen des Völkerrechts.

Karl Eckstein

DIE WELTWOCH
Nummer 20 – 17. Mai 2023 – 91. Jahrgang



«Wie können wir zulassen, dass unsere Brüder und Schwestern so ruchlos hingemordet werden»: «Welch' Freiheit!» von Ilja Repin, 1903.

Russland hat in seiner tausendjährigen Geschichte nie einen Krieg gegen Westeuropa begonnen. Umgekehrt wird Russland seit vielen Jahrhunderten immer wieder von Westen her überfallen:

- 1245 von deutschen Kreuzrittern
- 1612 von Polen
- 1759 von Preussen
- 1812 von Frankreich
- 1914 von Deutschland, Österreich-Ungarn
- 1941 von Deutschland

Bei der Verfolgung der geschlagenen Angreifer sind die Russländer – die Russen sind nur eine von 193 ethnischen Gruppen in Russland – den Feinden jeweils bis nach Westeuropa gefolgt, haben sich aber immer freiwillig zurückgezogen:

- 1815 aus Paris
- um 1955 aus Wien
- um 1990 aus Berlin

Diese Kriege haben der russischen Bevölkerung traumatisches Leid zugefügt. Beim letzten Überfall durch deutsche Truppen hatten sie 27 Millionen Todesopfer zu beklagen, zum Teil auf grausamste Weise ermordet. Drei Millionen Russländer wurden in Nazi-Gefangenschaft umgebracht, viele in Konzentrationslagern.

Nach all diesen Erfahrungen hat man in Russland verständlicherweise grösste Angst, wenn sich feindliche Truppen nahe der Landesgrenzen zusammenziehen. Obwohl Sowjetführer Michail Gorbatschow beim Truppenrückzug aus Osteuropa versprochen wurde, dass sich die Nato nicht nach Osten erweitern, steht sie heute direkt vor Russlands Toren. Ihre Raketenbasen, geeignet zur Bestückung mit Atomsprengköpfen, liegen an Russlands Grenzen in Polen, im Baltikum und in Rumänien. Und nun sollten solche auch direkt vor Zentralrussland in der Ukraine aufgebaut werden.

Die Nato ist ein Verteidigungsbündnis (gegen wen?) mit einem jährlichen Militärbudget von 1175 Milliarden Dollar; Russland

hat eines von 66 Milliarden, also ein Achtzehntel davon (letzte aktuelle Zahlen von 2021). Wenn Nato-Staaten heute das Militärbudget noch erhöhen wollen, dann muss Russ-

Die Grenzlinien wurden bewusst falsch gezogen, nach dem Motto: «Teile und herrsche».

land das als Provokation empfinden, zumal im Westen falsche Vorstellungen von Russland und der Ukraine dominieren.

Gefahr der Rebellion

Nachdem die Kommunisten um Lenin und Stalin das Territorium des russischen Zarenreichs übernommen hatten, lösten sie die alten Gouvernements auf und schufen neue «Unionsrepubliken». Deren Grenzlinien wurden bewusst falsch gezogen, nach dem Motto: «Teile und herrsche». Wenn man in einer Teilrepublik verschiedene Ethnien, die nichts mit-

einander am Hut haben, zusammenwürfelt, ist die Gefahr gering, dass sie sich zusammenschliessen, um gegen die Zentralmacht zu rebellieren. Aus dem Gouvernement Turkestan

Grenzen ihres Erbeils anzuerkennen. Das Volk wurde zur Grenzziehung nie befragt.

Nur ein Beispiel: Die Krim war seit dem Untergang des osmanischen Imperiums zur

gegen Juden und Russen. Für die ersten Tage nach der Vertreibung der Roten Armee sind etwa 140 Pogrome belegt, bei denen 13 000 bis 35 000 Russen und Juden ermordet wurden.

wurden die Republiken Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan. Usbekistan, um nur ein Beispiel zu nennen, vereint Usbeken, Kasachen, Kirgisen, Tadschiken und andere Völkerschaften.

Auch die Ukraine ist ein solches stalinistisches Kunstprodukt, das es vorher nicht gegeben hat. «Ukraine» heisst übersetzt «am Rande». Zusammengewürfelt hat Stalin dabei:

- im westlichen Teil: katholische Territorien aus dem habsburgischen Wolhynien, Galizien und Bukowina.
- in der Mitte: das im Zarenreich als «Kleinrussland» bezeichnete Territorium, wo eine dem Russischen ähnliche, im Ruthenischen wurzelnde Sprache gesprochen wird, die sich von Russisch etwa so unterscheidet wie Schweizerdeutsch von Hochdeutsch, und wo vor allem freie Kleinbauern und Kosaken wohnten.
- im Osten: russisch-orthodoxe Territorien um Donezk (das zuvor Stalino hiess) und Lugansk, die von Russisch sprechenden «Grossrussen» dominiert sind.

Diese stalinistischen Willkürprodukte wurden nach dem Zerfall der Sowjetunion in den bestehenden Grenzen erhalten. Die Einwohner wurden nie gefragt, ob sie diesen Kunstgebilden weiter zugehören wollen. Das entschieden die Apparatschiks.

Treffen im weissrussischen Wald

Die oberste Führung in der Sowjetunion war das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Drei Mitglieder dieser Parteileitung (Jelzin, Krawtschuk und Schuschkekewitsch) setzten sich 1991 in einem Wald in Weissrussland zusammen und beschlossen in diesem privaten Kreis, die Sowjetunion aufzulösen und deren Republiken unter sich aufzuteilen. Interessanterweise waren die ersten Präsidenten dieser nun «demokratischen» Republiken samt und sonders ehemalige Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei:

- in Russland: Boris Jelzin
- in der Ukraine: Leonid Krawtschuk
- in Weissrussland: Stanislaw Schuschkekewitsch
- in Kasachstan: Nursultan Nasarbajew
- in Usbekistan: Islom Karimow
- in Tadschikistan: Kachar Machkamow
- in Turkmenistan: Saparmyrat Nnyazow
- in Aserbaidshjan: Haidar Alijew

Natürlich haben diese kollegial verbundenen Erben des stalinistischen Vermächtnisses miteinander vereinbart, gegenseitig Bestand und

Weltwoche Nr. 20.23

Hauptsache von Grossrussen besiedelt und gehörte seither immer zu Russland. Nachdem der Ukrainer Nikita Chruschtschow sowjetischer Parteichef geworden war, schenkte er die Krim 1954 «seiner» sozialistischen Sowjetrepublik Ukraine – was damals natürlich keinerlei Bedeutung hatte, weil sowieso alle Kompetenz weiterhin beim Politbüro in Moskau lag.

Victoria Nulands Milliarden

Da die Zusammensetzung der Territorien nicht demokratisch legitimiert ist, brechen die ethnischen Konflikte nun überall auf: in Nagorni Karabach, Osch, Abchasien, Ossetien und so weiter – besonders wenn sie von aussen mit grossem Finanzaufwand in bunten Revolutionen, die nach einem einheitlichen Schema ablaufen, angezettelt werden.

So war es auch in der Ukraine. Victoria Nuland, stellvertretende US-Aussenministerin, erklärte im Dezember 2013, dass die USA bisher fünf Milliarden Dollar investiert hätten, um «der Ukraine zur Zukunft zu verhelfen, die sie verdient hat». Dies, obwohl in der Wiener Uno-Konvention über diplomatische Beziehungen von 1961 in Art. 2 festgelegt ist, dass Staaten sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen dürfen.

Nebst der US-Regierung finanzierten auch viele amerikanische Stiftungen die Gründung und fortlaufende Alimentierung von oppositionellen NGOs in der Ukraine. Allein die National Endowment for Democracy (NED, eine Stiftung von US-Parlamentariern) unterstützte 69 oppositionelle Organisationen – verteilt über die ganze Ukraine – mit massiven Beiträgen. Auch der amerikanische Milliardär George Soros versorgte die Oppositionsorganisationen mit beträchtlichen Mitteln. Selbstverständlich hatten diese finanziell abhängigen Organisationen den Wünschen ihrer Geldgeber nachzukommen.

Als der gewählte Präsident Wiktor Janukowitsch im November 2013 ein Wirtschaftsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen wollte, weil es wirtschaftlich nicht sinnvoll war, kam es zu Strassenunruhen auf dem Maidan in Kiew. Anfangs friedliche Proteste gerieten unter die Kontrolle von gewalttätigen Nationalisten. Diese Hardliner der Partei Swoboda sind auf die OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) zurückzuführen, deren Leiter vor dem Zweiten Weltkrieg Stepan Bandera war. Bandera organisierte die ukrainischen Bataillone «Roland» und «Nachtigall», die in deutschen Wehrmachtuniformen an der Seite der Nazis die Sowjetunion überfielen. Nationalistische Bandera-Milizen begannen sofort nach dem Einmarsch der Wehrmacht mit Pogromen

den wir es zulassen, dass unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine so ruchlos hingeremordet werden» – solche Worte waren in Russland, besonders unter ethnischen Russen, ständig zu hören.

Das spiegelt sich heute in der Solidarität: Russland hat die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Bis Ende 2022 waren es 2,9 Millionen. Nach Polen flohen 1,5 Millio-

Trotzdem wurde auf Antrag von Swoboda-

Drei Mitglieder des Politbüros teilten 1991 die Republiken der Sowjetunion unter sich auf.

Abgeordneten die ehemalige «Strasse des Friedens» in Lwiw (früher Lemberg) in «Bataillon Nachtigall» umbenannt.

Nachdem die «Banderowci» die Demonstration auf dem Maidan gekapert hatten, erschossen sie Dutzende Personen. Das Schema ist aus allen «bunten Revolutionen» bekannt: Scharfschützen feuern unter falscher Flagge auf Demonstranten, beschuldigt wird die Regierungspartei, die man absetzen will. Bis heute sind keine Täter zur Verantwortung gezogen worden.

Streumunition gegen Zivilbevölkerung

Der so an die Macht gekommene neue Präsident Petro Poroschenko ging schon 2014 mit organisierten Massakern gegen die eigenen Bürger vor. Er beauftragte nationalistische Freischärler und die Armee, mit Flächenbombardements, durch Artillerie, Mehrfachraketenwerfer und Streumunition gegen die Zivilbevölkerung in den Gebieten um Donezk und Lugansk vorzugehen. Ein Todesopfer eines solchen Angriffs, der alles andere als gezielt auf bewaffnete Separatisten geführt wurde, war übrigens ein Schweizer Rotkreuz-Mitarbeiter. Für solches Morden an der eigenen Bevölkerung hat man Saddam Hussein aufgehängt. >>>

Seit 2015 werden nach einem Dekret der ukrainischen Führung keine Pensionen und Sozialversicherungsgelder mehr an die Bevölkerung der umstrittenen Territorien ausbezahlt. Bankkonten und Karten aller dortigen Bürger wurden gesperrt. Die Bevölkerung war ab dem Winter 2014/15 von der Versorgung mit Elektrizität und Gas abgeschnitten.

Schon bis Ende 2014 flohen über 900 000

der Atommächte nicht zu erweitern, nicht aber um Bevölkerungszuteilungen.

Im März 2014 wurde zum ersten Mal in der Geschichte Russlands die Bevölkerung der Krim gefragt, welchem Territorium sie zugehören wolle. Die hauptsächlich russischstämmige Bevölkerung stimmte grossmehrheitlich für die Option Russland. Am 20. März 2014 stimmte daraufhin das russische Parla-

Ukrainer nach Russland. Die Regierung in Kiew reagierte wie seinerzeit die Regierung in Ostberlin, als die Bürger wegzulaufen begannen: Man baute eine Mauer. Die Ukraine errichtete eine Sperre von fast 2000 Kilometern entlang der russischen Grenze. Die Kosten wurden auf hundert Millionen Euro geschätzt. Die EU steuerte sechzig Millionen Euro für eine «integrierte Grenzverwaltung» bei.

Schachzug der ukrainischen Führung

Unterdessen starben in den von ethnischen Russen bewohnten Gebieten der Ukraine (vor allem in Donezk und Lugansk) zwischen 2014 und 2022 zirka 10 000 Zivilisten, darunter viele Kinder, durch die eigene Armee. Nachdem Putin Anfang 2022 die ukrainische Regierung aufgefordert hatte, mit der Beschießung ziviler Gebiete in den von ethnischen Russen bewohnten Gebieten aufzuhören, intensivierte die ukrainische Armee solche Attacken um ein Mehrfaches.

Dies war offensichtlich ein Schachzug der ukrainischen Führung – oder der dahinterstehenden Mächte –, um Russland zu einer Intervention zu motivieren, ja zu zwingen. Auch die Feinde Russlands wussten, dass Putin innenpolitisch unter Druck stand: «Wie kön-

nen Ukrainer, nach Deutschland eine Million.

Bis 2014 flohen 900 000 Ukrainer nach Russland. Kiew reagierte wie Ost-Berlin – und baute eine Mauer.

In der Schweiz sind 65 000 Personen mit ukrainischem Pass als Flüchtlinge registriert. Sie sprechen zum grössten Teil nicht Ukrainisch, sondern Russisch.

Wie ist das Ganze rechtlich zu beurteilen? Im Dezember 1994 wurde in Budapest von Beamten aus den USA, Grossbritannien und Russland ein Memorandum unterzeichnet, wonach alle Atomwaffen der Sowjetunion an Russland gehen sollen und dieses dafür mit den USA und Grossbritannien zusammen Bestand und politische Unabhängigkeit der Republiken Kasachstan, Weissrussland und Ukraine garantierte.

Nachdem 2014 alle westlichen Garanten die Vertreibung des gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch unterstützt oder doch zumindest hingenommen hatten, fühlte sich auch Russland nicht mehr an die politischen Integritätsgarantien gebunden, zumal es im Memorandum vor allem darum ging, die Zahl

ment darüber ab, ob die Krim als neues Föderationssubjekt in die Russische Föderation aufgenommen werden soll.

Russische Parlamentarier, die zugestimmt hatten, wurden vom Schweizer Bundesrat am 12. November 2014 mit Sanktionen belegt. Deshalb darf mich mein Freund Leonid Kalaschnikow nicht mehr in der Schweiz besuchen. Er erhält kein Visum.

In der Schweiz gilt wie in jedem demokratischen Rechtsstaat das Prinzip der parlamentarischen Immunität für das Abstimmungsverhalten im Parlament. Dass die Schweiz sich anmassiert, Angehörige fremder Parlamente für ihr Abstimmungsverhalten zu sanktionieren, muss befremden.

Völker- oder Diktatorenrecht?

Wie war's eigentlich im Kosovo? 1999 führte die Nato einen völkerrechtswidrigen, nicht von der Uno sanktionierten Angriffskrieg gegen die Republik Serbien. Dabei wurden schätzungsweise 3500 Zivilisten ermordet, darunter Kinder. Ziel war es, die Teilrepublik Kosovo von der Republik Serbien abzutrennen.

Gab es Sanktionen gegen die Nato-Verantwortlichen? Im Gegenteil. Die Schweiz erteilte den Nato-Bombern vielmehr eine Überfluggenehmigung, um ihre Bombenlast möglichst unkompliziert über Serbien abwerfen zu können. Später anerkannte die Schweiz als einer der ersten Staaten das Kosovo als selbständigen Staat.

Oder noch ein Beispiel: War es eine Verletzung des Völkerrechts, als 1775 nordamerikanische Aufständische im zu Grossbritannien gehörigen Territorium britische Soldaten töteten und danach am 4. Juli 1776 ihre Unabhängigkeit erklärten?

Allgemein gefragt: Kann es Völkerrecht sein, wenn man Völker mit Waffengewalt daran hindern will, sich von einem von Diktatoren geschaffenen Gebilde loszusagen?

In Russland nennt man so etwas «Diktatorenrecht». Zu bedauern die Völker, in denen dies «Völkerrecht» genannt wird.



Das Volk wurde zur Grenzziehung nie befragt: Unterzeichnung der Belowescher Vereinbarungen bei Wiskuli, 8. Dezember 1991.

Karl Eckstein ist Rechtsanwalt in der Schweiz und ehemaliger Honorarkonsul der Russischen Föderation. Er lehrt Verfassungsrecht an der Moskauer Staatsuniversität für Internationale Beziehungen.